

# Danziger Zeitung.



№ 7751.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Beile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Kretzschmar und H. W. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. W. Hoffe; in Hamburg: Hasenpfeiffer & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. & D. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Glogau: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

1873.

### Lotterie.

Bei der am 12. d. fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 147. Kgl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn zu 4000 R. auf Nr. 53,059. 2 Gewinne zu 600 R. fielen auf Nr. 32,813 und 66,221. 2 Gewinne zu 200 R. auf Nr. 10,062 und 84,907. 2 Gewinne zu 100 R. auf Nr. 50,849 und 88,885.

### Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Madrid, 12. Febr. In der heutigen Sitzung der Cortes wurde die Regierung erwählt und besteht dieselbe aus folgenden Mitgliedern: Figueras, Conserpräsident, mit 244 Stimmen erwählt, Francisco Salmeron, Minister der Colonien (238 St.), Py Margall, Minister des Innern (243 St.), Cordova, Kriegsminister (239 St.), Nicolaus Salmeron, Justizminister (242 St.), Beranger, Marineminister (246 St.), Capelar, Minister der auswärtigen Angelegenheiten (245 St.), Becerra, Minister der öffentlichen Arbeiten (233 St.), Escobaray, Finanzminister (242 St.). Die Minister nehmen am Ministerrath Platz. Figueras hält eine Ansprache, worin er hervorhebt, daß er seine Erwählung als Ergebnis seiner politischen Consequenz betrachte; wenn Densje amwesend gewesen wäre, würde sicherlich dieser gewählt worden sein. Figueras constatirt, daß die Wahlen in voller Freiheit vollzogen wären, und verliest Telegramme aus den Provinzen, in welchen gemeldet wird, daß überall die öffentliche Ordnung anrecht erhalten sei. Er spricht ferner die Hoffnung aus, daß die Republik für immer auf festen Grundlagen errichtet sei. Spanien werde seinen berechtigten Einfluß im Westen Europa's ausüben und seine volle territoriale Integrität bewahren. Nach dieser Rede wird die Sitzung geschlossen. Morgen soll die Wahl des Präsidenten der Cortes stattfinden. Die Ruhe ist ungestört.

Wien, 12. Februar. Die Regierung befindet sich bereits im Besitze der kaiserlichen Ermächtigung zur Einbringung eines Gesetzes über die Wahlreform.

Bern, 12. Februar. Der Bundesrath hat dem Pfarrer Mermillod durch die Genfer Regierung die Antwortnote auf das päpstliche Breve vom 16. Januar zu liefern lassen, mit der gleichzeitigen Aufforderung, sich in einer bestimmten Frist zu erklären, ob er angesichts des Einspruchs der Bundes- und Cantonsbehörden gleichwohl die Functionen eines apostolischen Vicars ausüben gedenke. Bejahenden Falls, oder wenn eine Antwort in der angelegten Frist nicht eintreffe, werde der Bundesrath, in Anwendung der Bundesverfassung und im Einverständnis mit der Genfer Staatsbehörde, die geeigneten Maßnahmen treffen, um einen Vertreter des heiligen Stuhles an der Ausübung eines dem Willen der Landesbehörde und dem gesetzlichen Rechtszustande zuwiderlaufenden Mandates zu verhindern (d. h. der Bundesrath wird ihn aus dem Canton Genf ausweisen).

Rom, 12. Februar. Die Nachricht der „Opinione“, daß Oesterreich das Schiedsrichteram in der Laurionfrage angenommen habe, wird von der „Agenzia Stefania“ für ungenau erklärt; es liege in dieser Angelegenheit nichts Neues vor.

### Rück- und Umblicke in der Kirchenfrage. III.

V Aus Westpreußen, 12. Febr. Vor Jahr und Tag sah man häufig in Oliva und Umgegend einen jungen polnischen Geistlichen, wie man sagte, aus vornehmerm Geschlechte und römischer Bändenträger. Aeltere Bekannte desselben versicherten, daß es mit seiner Wissenschaft sehr schlecht bestellt sei, glaubten aber dennoch, daß er Aemter auf den bischöflichen Stuhl von Culmburg; falls eine Sedisvacanz eintreten sollte. Alles das ließ man sich noch gefallen, zugleich aber wurde glaubhaft berichtet, der junge Herr sei bei der Indiscongregation Censor der deutschen Literatur, und der Zusatz nicht unterdrückt, er sei nicht im Stande, ein deutsches Collog über Philosophie auch nur nachzuschreiben. Wozu erzählen wir das an dieser Stelle? Einmal um die Schwanz zu constatiren, welche man in Rom deutscher Wissenschaft darbieten gewagt hat, dann aber, um von einer weitern merkwürdigen Thatsache aus die unzulängliche wissenschaftliche Ausbildung des Clerus einer kleinen Betrachtung zu unterwerfen. In den fünfziger Jahren gründete der bekannte Professor Michalis in Münster eine Zeitschrift „Natur und Offenbarung“, die unter andern

auch das Ziel verfolgte, die wissenschaftliche Bildung der Geistlichen zu heben, ihrer philosophischen Bildung eine breitere, namentlich naturwissenschaftliche Grundlage zu geben und somit eine lange Unterlassungsfrist in der clericalen Erziehung auszuweichen. Das Unternehmen fand Anklang und sogar den Beifall des damaligen apostolischen Nuntius in Wien, obgleich die Zustimmung dieses Herrn eine ziemlich reservirte war. Daß Michalis längst aus der Redaction ausgeschieden, daß die genannte Zeitschrift zur Zeit im ultramontanen Lager nur ein kümmerliches Dasein fristet, geht uns hier nichts an, wir constatiren nur, daß Michalis vor langen, langen Jahren die Unwissenheit und den unwissenschaftlichen Sinn des katholischen Clerus ohne Scheu und ohne Schminke offen vor aller Welt und ohne Widerspruch zu finden bekannt hat, derselbe Michalis, der uns jetzt aus Autopsie erzählen kann, daß Bischof Martin von Haberborn nicht im Stande gewesen sei, eine allgemeine wissenschaftliche Frage zu erörtern, und dieses defectus auch kein Hehl gehabt habe. Wie sollte er auch, hat doch sein Herr, Papst Pius IX. ebenfalls sein Examen nicht bestanden, und dennoch die Priesterweihe erhalten! Siebt es anderswo wohl eine Fierde katholischer Wissenschaft in unserm Jahrhundert, die nicht der römischen Censur verfallen ist? Wer einen wissenschaftlichen Namen sich erwarb, mußte Fersengeld geben und sich unterwerfen oder schweigen; heute verlernt und ercommunicirt man. Nur die Duntelmänner bleiben den Jesuiten und ihrem Anhang, der großen ungebildeten Masse, die auch jetzt wieder unterkreuzte Adressen absendet, um durch die That zu beweisen, daß ihre Patrone bei ihnen die Bildung nicht befördert haben, und zwar deshalb, weil sie selbst keine haben.

Wir haben kein Dementi zu beschränken; die Beweise liegen vor aller Welt Augen. In Deutschland sind Literatur und Wissenschaft in protestantischen Händen, katholische Schulen neben protestantischen durch Mängel aller Art gekennzeichnet, und nicht bloß die Volksschulen, sondern auch die Gymnasien, welche an vielen Orten durch Schuld der Oberleitung und der Unterwerfung unter den Clerus kaum von den alten lateinischen Schulen sich unterscheiden wollen. Mathematik, Deutsch, Naturwissenschaften sind an solchen Anstalten mehr als Nebensächer, und nur Latein und Griechisch vorzugsweise beachtet. Was die heutige Welt will, das ist das Bße, und nach Thomas von Aquin verdient keine wissenschaftliche Leistung mehr Beachtung, es sei denn, daß ein Jesuit aus alten Lappen ein neues Kleid zurecht geschnitten. Die katholischen Facultäten sind drach gelegt. München, Freiburg, Breslau, Bonn tragen nicht mehr besucht werden, und nur Münster hat sich durch gänzlichem Stillstehen Verzeihung erbeten für einen kurzen Moment des wissenschaftlichen Ergimmens. Dafür leisten die Clericalseminare auch das Ungeheure, daß die meisten Alumnus aus derselben an Wissen ärmer herantreten, als sie in dasselbe hineingekommen sind. Römische Doctoren und blutjunge Licentiaten sind freilich nicht geeignet, Sinn und Freude für wissenschaftliche Beschäftigung einzuschleppen, und die lateinisch geschriebenen Lehrbücher von Perrone und Surtz tilgen vollends jeden noch etwa übrig gebliebenen Rest davon.

Was nun die Knaben-Seminare anlangt, die das Concilium tridentinum vorgeschrieben hat, so sind dieselben heute von jeder gesunden Pädagogik verurtheilt und wenn man sich auf ähnliche Institute, wie z. B. der Cabdettenhäuser bezieht, so mag diese Berufung zum Theil zutreffen, reifert aber darum in keiner Weise. Die Knaben-Seminare haben das Angehende in der Erziehung mit allen Internoten gemein, dabei aber noch eine Schattenseite ganz besonderer Art. Knaben werden aufgenommen, um Geistliche zu werden und wenn sie auch später Niemand zwingt, wenn ihnen wohlmeinende Männer ernste Prüfung zumuten, wenn der Austritt jeder Zeit freisteht, so bedenkt man doch, daß dem jugendlichen Kopfe idealer Sinn innewohnt, der den geistlichen Stand als den vorzüglichsten anerkennt. In solcher Verfassung, unbekannt mit der Welt da draußen, aufgezogen im Tempeldienst, unrauscht von den

rend Herr de Ahna, der jetzige Führer, früher mit einer andern Genossenschaft Quartettabende veranstaltete. Wenn es eine Haupttugend eines tüchtigen Quartetts ist, daß keiner der Spieler mehr als erforderlich über den andern dominiert, daß jeder nur die Rolle ausfüllt, die der Geist der Composition ihm anweist, ohne danach zu streben, unter allen Umständen zu glänzen — eine Gefahr, welche dem Vertreter der ersten Geige sehr nahe liegt — so nimmt das de Ahna'sche Quartett in dieser Beziehung einen ausgezeichneten Rang ein. Die Stimmen stehen in schönem Verhältnis zu einander, die Klangfarbe macht sich als eine wohlthuend ausgeglichene bemerkbar, der Ton ist stets edel, ohne jede Härte und Herbigkeit, und von musterhafter Reinheit. Die Präcision des Zusammenspiels und die Einmüthigkeit in den verschiedenen Nuancen des Vortrages zeugt von den eifrigsten, hingebendsten Studien. Vorwiegend ist diesem Quartett ein beständiger Ausdruck von Noblesse und Eleganz angeprägt, als Abglanz der Spielweise des Herrn de Ahna, welcher als Virtuose jene Richtung vorzugsweise verfolgt. Der Grundzug von Sentimentalität, wie er sich in allerdings edler Weise in dem Mendelssohn'schen Es-dur-Quartett (op. 12) offenbart, scheint den vier Spielern am meisten sympathisch zu sein. Das Werk wurde meisterhaft wiedergegeben, auch in dem lustigen und buffigen Scherzo, dessen neckisches Tonspiel schlagend

Podungen eines Berufes, dessen Schwere und Würde nicht am wenigsten reizt, thut er den wichtigsten Schritt seines Lebens, um nicht selten für immer unglücklich zu werden. Vor dreihundert Jahren waren Knabenseminare vielleicht durch den Zeitinstinct geboten, heute ist eine Berufung auf das Tridentinum in dieser Hinsicht ein Anachronismus.

### Danzig, den 13. Februar.

Der Artikel des halbamtlichen Blattes, dessen telegraphischen Auszug wir in der heutigen Morgennummer brachten, hat die allzugroßen Hoffnungen über die Stellung, welche die Regierung augenblicklich zu dem Projecte Laster contra Wagener einnimmt, merklich herabstimmen müssen. Ueber den durch unwiderlegliche, auf amtliche Quellen gestützte Beweise der schwersten Vergehen angeforderten, von der öffentlichen Meinung schon längst verurtheilten ehemaligen Redacteur der „Kreuz-Ztg.“ weiß das offiziöse Organ wenig mehr zu sagen, als: „Wenn er (Laster) schwere Anschuldigungen gegen einen hochgestellten Beamten erhoben hat, so beziehen sich diese nicht auf den Kreis der eigentlichen amtlichen Wirksamkeit desselben, sondern auf eine Thätigkeit, welche er als Privatmann geübt haben soll.“ Und über die der obersten Verwaltung unseres Eisenbahnwesens gemachten Vorwürfe verfußt das Blatt das Land folgendermaßen zu beruhigen: „Auch in diesem Punkte wird es eine Ehrensache für die Regierung sein, durch vollständige Darlegung aller ihrer Schritte die Bedenken in Betreff der Vergangenheit in Bezug auf die entkräftet und gleichzeitig dem Lande volle Veruhigung über die fernere feste und klarbewusste Führung des wichtigen Verwaltungszweiges zu gewähren.“

Daraus geht wohl unweifelhaft hervor, daß Herr Graf Igenpliz wirklich ernstlich gewillt ist, dem Eisenbahnwesen auch ferner seine feste (!) und klarbewusste (!) Führung angedeihen zu lassen. Das ist doch mehr von Naivetät, als das offiziöse Organ bisher geleistet hat. Zwar muß dasselbe zugestehen, daß es sich bei der unerlässlichen weiteren Untersuchung der Angelegenheit in Wahrheit um die Ehre des gesammten preussischen Beamtenstandes handelt; aber doch findet es sich gegenwärtig, vor Schritten zu warnen, welche möglicherweise neue tiefe Beunruhigungen und Erregungen ohne einen entsprechenden Nutzen erzeugen könnten.“ Mit anderen Worten: Am Gottes Willen nur keine parlamentarische Untersuchungs-Commission, eine solche würde möglicherweise noch ganz andere Dinge an den Tag bringen, die im Lande große, wenn auch gerechte Aufregung hervorrufen könnten und Nutzen schafft es doch nicht mehr, was geschieht ist, ist nun einmal geschehen. Die Regierung wird schon selbst, da es nun einmal sein muß, die Untersuchung führen. Bis jetzt hat sich die Regierung aber noch nicht einmal entschlossen, die Disciplinar-Untersuchung gegen Wagener einzuleiten. Der Artikel der „Prov.-Corr.“ wird wohl gerade das Gegentheil von dem bewirken, was er beabsichtigt; er operirt so ungeschickt, daß wir annehmen müssen, daß er aus dem Handelsministerium selbst hervorgegangen sei. Nur volle Aufklärung kann das ganze Land beruhigen und deshalb muß die Commission, welche die Untersuchung führt, das vollste Vertrauen des Landes besitzen und dies würde, wie bei keiner anderen, eine von den Vertretern des Landes nach § 82 der Verfassung niedergesetzte Untersuchungs-Commission sein. Noch in dieser Woche wird der bezügliche Antrag im Abgeordnetenhaus beraten werden. Der Beschluß des Hauses kann nur ein zustimmender sein und das ganze Land mit Ausnahme sehr Weniger fordert dies und hat eine Berechtigung, es zu fordern. So kann auch allein wieder das Vertrauen in die Verwaltung jenes Zweiges hervorgerufen werden und es läge deshalb im Interesse der Regierung, das Haus und die zu wählende Commission zu unterstützen. Sollte sie aber selbst, was wir kaum annehmen können, die Commission nicht durch Zugänglichmachung des amtlichen Materials unterstützen wollen, so wird der Commission doch aus dem ganzen Lande Material genug zufließen, um ihren Arbeiten einen genügenden Erfolg

zu sichern. Die gesammte Presse mit Ausnahme der die äußerste Rechte vertretenden steht in dieser Frage einmüthig zusammen. Die „Weser Ztg.“, ein Blatt von anerkannt sehr gemäßigter, der preussischen Regierung freundlicher Haltung schreibt: Es ist nicht abzusehen, wie ein Staat, der auf die Integrität seines Beamtenstandes bisher mit so großem Rechte stolz war, an einem so hervorragenden gestellten Beamten wie dem Geh. Regierungsrath Wagener auch nur den Schein und Schatten solcher Beschuldigungen, wie die vorgestern gegen ihn erhobenen, passiren lassen kann. Selbst wenn demselben, was bei Laster's Vorsticht und Sachkenntniß doch kaum anzunehmen, in einzelnen Punkten Unrecht geschehen sein sollte, so hätte hier das Wort einzutreten, daß auf der Frau des Cäsar nicht einmal ein Verdict lasten darf. Gerade Preußen mit seinen auf allgemeine moralische Tüchtigkeit und Sparsamkeit angewiesenen öffentlichen Einrichtungen hat mehr als jeder andere Staat auf die vollständige Tadellosigkeit seines Beamtenstandes zu halten, denn wohin das Gegentheil führt, ist in den letzten Lebensjahren Friedrich Wilhelm's II. und später in der Katastrophe von 1806 genugsam erprobt worden. Auch das Schicksal des Generalministers dürfte befestigt sein. Keine persönliche Vorliebe und Rückzicht kann einen Ressortminister halten, der in dem Grade nicht nur seine parlamentarische, sondern auch seine administrative Unfähigkeit gezeigt hat, wie Graf Igenpliz. Man könnte fast darüber streiten, was für einen Staat nachtheiliger ist, einen Handelsminister zu haben, der seine amtliche Stellung für eigene unerlaubte Privat speculationen mißbraucht, oder einen solchen, unter dessen Augen die unlauntersten und ungläublichsten Transactionen spielen, ohne daß er dabei ein Auge hat. Preußen galt lange im Innern für musterhaft verwaltet, als von seinen Leistungen nach Außen kein sonderliches Ruhmen war; es ist wahrlich jetzt nicht darum an die Spitze von Deutschland getreten, um sich von der Verwaltung der Mittel- und Kleinstaaten spöttisch über die Klüpfeln anschauen zu lassen.“

Die Wiener „N. fr. Pr.“ schreibt: „Wir constatiren die Niederlage des ganzen Cabinets, die Schülferhaftigkeit der Vertheilung des Handelsministers und den Umstand, daß es einer der Minderen gewesen, der moralisch so entsehrlich hingelitten wurde. An dem Falle Igenpliz' ist nicht zu zweifeln, und der Uebergang der Eisenbahn-Gesetzgebung an das Reich, wie er bereits vor einem Jahre gefordert wurde, ist unabwendlich geworden. Die Kammer hat sich ganz und gar auf der Höhe der Situation gezeigt. Allein das Noons'sche Ministerium der ehelichen Leute hat eine seltsame Illustration erfahren. Unwillkürlich wird man an das Cabinet Molé in den Tagen Louis Philipp's erinnert, das wegen seiner Eisenbahn-Politik gestürzt wurde. Das Ministerium Noon dürfte durch eine partielle Ministerkrise eine wesentliche Modification erleben, die welcher die weisen Seelen (Falk, Camphausen, Leonhardt) leicht Verklärung finden könnten. Die jetzige Harmonie zwischen „Germania“ und „Kreuzzeitung“ hat einen neuen Kitt erhalten. Hat die eine ihren Vangrand, so erstreckt sich die andere ihres Wagener und Conforten, und nicht bloß im Kreuzzeitungs-, sondern auch noch im anderen Lager.“

Ueber Wagener's Krankheit schreibt die „M. Z.“: „Herrn Wagener's Krankheit begann zufällig am Tage nach der ersten Laster'schen Enthüllungssrede, und nach des Abgeordneten für Magdeburg zweiter Philipp's melde die Officiösen, Wagener sei nicht nur noch immer an's Zimmer gefesselt, sondern seine Krankheit erfordere eine eingreifende Kur. Wenn ein Minister, dem es im Amte nicht mehr geheimer vorkommt, officiöse Bülletins über sein körperliches Befinden ausgeben läßt, so hat man dafür zur Noth ein Verhängnis. Herr v. Mühlner war sogar nach seiner Entlassung mehrere Wochen krank und Dr. Falk konnte nicht in die Mühlner'sche Wohnung einziehen. Aber wenn ein simpler Beamter ähnlich seinen körperlichen Zustand einrichtet, so lacht man im Publikum darüber und speciell bei Herrn Wagener fragt man mit argem Kopfschütteln: wie ist es wohl möglich, daß ein vortragender Rath in seiner Lage im Stande ist, noch diesen Augenblick

lich und Hunger und Frost thaten das Uebrige. Die Schneefallen begruben ganze Häuser, deren Schornsteine wie Grabdenkmäler über die große, weisse Leichenbede hinausragten. Von Neu-Ulm hatten sich am 10. Viele in ihren Schlitten nach den Heimathorten begeben; von diesen kamen, so weit dies bis jetzt bekannt ist, 18 um. Aus Bedwood-Fall wird der Tod von 37 Personen gemeldet. In Mantato eingegangenen Berichten zufolge sind 37 Erfrierungsfälle vorgekommen längs der Telegraphenlinie zwischen St. Paul und Sioux City. So verhängnißvoll war das Unglück, daß der Gouverneur von Minnesota die Staatslegislatur in einer besonderen Botschaft aufforderte, denen, welche durch das Unwetter gelitten haben, schnellstens Staatshilfe anzuwenden zu lassen. Auch in den östlichen Staaten wird die Mithätigkeit für die Unglücklichen, die meistens arme schwedische Farmer sind, aufgerufen. Daß auch viel Vieh bei dieser Gelegenheit umgekommen, ist selbstverständlich und der dadurch entstandene Verlust für Landwirthe um so empfindlicher. Der große Schneefall im Verein mit den darauf folgenden Regengüssen hat das Anschwellen der Flüsse und dadurch weiteren Schaden zur Folge gehabt. Am 18., 19. und 20. Januar machten Bräuneeinstürze den Eisenbahnverkehr an vielen Stellen unmöglich, doch ist seitdem dem Uebelstande hier und da bereits abgeholfen.

an die Sommernachtsraumpoesie desselben Lombardi erinnert. In dem Beethoven'schen B moll-Quartett war namentlich die Ausführung der beiden Mittelsäge in der Characteristik vorzüglich gelungen, während manche kräftige Partien und energische Accente im ersten und letzten Sage durch größere Prägnanz des Ausdrucks und durch eine mehr markige Fülle des Tons wesentlich gewonnen haben würden. In dieser Beziehung ist das ältere Müller'sche Quartett unübertroffen geblieben, trotz anderer Vorzüge, welche bei neueren Quartett-Gesellschaften sich vorfinden. Den Anfang machte ein Haydn'sches Quartett in F-dur, welches Referent nur zum Theil hörte. — Der Beifall äußerte sich nach jedem einzelnen Sage mit großer Wärme und Lebhaftigkeit. M. Newyork, 25. Jan. Der Schneesturm, der in der ersten Hälfte des Januar im Nordwesten Amerikas, und namentlich in Minnesota, gehaust hat, wird noch lange als Gegenstand des Schreckens im Munde des Volkes fortleben. Etwa 300 Menschenleben sollen demselben zum Opfer gefallen sein, denn die Heftigkeit, mit welcher er tobte, machte es den freien Befindlichen fast unmöglich, sich zu retten. Theils wurden die Fuhrleute vom Sturme geblendet und konnten die Fuhr nicht fortsetzen, theils machten die gefallenen Schneemassen die Fahrstraßen unkennt-

### Quartett-Extrac.

Das Streichquartett der Herren de Ahna, Sellmich, Schulz und Rohne aus Berlin, welches sich am vorigen Dienstage im Apollo-Saale producirte, fand zwar großen Beifall, hatte aber nur einen bescheidenen Kreis von Zuhörern herbeigezogen. Die musikalische Saison dieses Winters hat sich bis in die jüngste Zeit hinein so reich gestaltet und es gab der außergewöhnlichen und, sagen wir hinzu, auch lösspieligen Genüsse so viele, daß es nicht Wunder nehmen darf, wenn die Musikfreunde sich endlich einige Zurückhaltung auferlegen. Es ist zu bedauern, daß das ausgezeichnete Quartett unter dieser Reaction zu leiden hatte, aber es mußte sich eben dem Unvermeidlichen fügen. Wir vermögen dem Publikum aus dieser geringen Btheiligung kaum einen Vorwurf zu machen, es hat bis jetzt alle Unternehmungen, sei es im Theater, sei es im Concertsaale, mit rühmlicher Ausdauer unterstützt, aber Alles hat seine Grenzen und auf eine übermäßige Anspannung folgt auch das Bedürfnis nach einiger Ruhe, um ferneren Kunstgenüssen eine frische Empfänglichkeit entgegen zu bringen. Das Berliner Streichquartett ist hier kein Fremdling mehr. Bereits im vorigen Winter haben die Herren, mit dem seitdem verstorbenen Prinzipalgeiger Spöhr an der Spitze, Proben ihres feinen Zusammenspiels, wäh-

die offizielle Presse zu informieren, um durch die öffentliche Presse so lange, wie es irgend geht, sich zu rehabilitieren? Wir stoßen hier auf eine Erscheinung, die sich als stark zu rügende Irregularität darstellt. Anstatt uns zu sagen, das Staatsministerium sei entschlossen, als erste Disciplinarmassnahme dafür zu sorgen, daß Dr. Wagener vorläufig in sein Amt nicht zurücktrete, vertritt er sich hinter Keulchenleiten und läßt den unter Anklage gestellten Rath mit jedem Tage leiden werden. Die Regierung wird inebald genug dahinter kommen, daß sie durch solche Verfahren, wenn es zur Anwendung käme, die ganze öffentliche Meinung gegen sich aufbringen würde.

In Frankreich beschäftigt man sich noch immer angelegentlich mit dem Schnippchen, welches die Dreißiger-Commission dem sonst so vorfichtigen und geschickten Präsidenten geschlagen hat. Auf der rechten Seite Versailles, auf der linken Pseifen; alles dort wie hier Comödie in der Comödie. Das Schauspiel würde widerwärtig genannt werden müssen, wenn es auf ernste Folgen schließen ließe; aber der Stand der Dinge bleibt derselbe: Thiers unentbehrlich in der National-Versammlung, die Chambordisten unverbesserlich und unveränderlich wie ihre Führer, die Jesuiten, und beide nach wie vor zur unmöglichen Verbesserung geneigt, um die Zeit zu gewinnen, wo der Eine oder der Andere einen gelinderen oder schärferen 2. December ausführt. Ohne etwas Persönliches und Terrorismus kommt man nun einmal bei der großen Nation nicht mit Verfassungskrisen zum Ziele. Die Heuchelei muß bei einem anständigen Beobachter El oder am Verstande der französischen Deputirten starke Zweifel erregen: „byantische Zustände“ ist der gelindeste Ausdruck für dieses Treiben, in das man sich so tief hineingearbeitet hat, daß man gar nicht sieht, welche Blößen man sich vor dem Auslande giebt, dem man doch so gern imponiren möchte.

König Amadeus hat bereits Madrid verlassen, er hat genug von den schönen Tagen von Aranjuez, und so hat Emilio Castelar, der bereits Republikaner und jetzige Minister des Auswärtigen, Recht geholt, als er ihn schon bei seiner Ankunft „Schuldbündel König“ zurief. Da nun alle monarchischen Systeme ausgemüthet haben, so fiel naturgemäß die Erbschaft der Republik zu, an deren Spitze nun Figuerola, der bisher Vizepräsident des Congresses war. Man scheint die Republik in Spanien als ein Definitivum insolliren zu wollen und nicht, wie in Frankreich als „namenlose Regierung einer Uebergangsperiode“. Der Verlust Cuba's scheint die nächste Folge der unblutigen Umlagerung werden zu wollen.

„Und Friede, Friede säuseln alle — englischen — Blätter“, am meisten diejenigen, welche am meisten alarmirt hatten. Die „Times“ erklärt die centralasiatische Frage für völlig abgethan; der „Spectator“ spricht die Zusicherungen des Czars von jedem Verdachte der Zweideutigkeit frei. So es den Engländern gefällt — uns ist's recht. Wir haben kein Zwieseln zu verlieren.

Aus Constantinopel wird dem „Journal de St. Petersbourg“ von einer bisher in der türkischen Hauptstadt unerhörten Arbeiterdemonstration berichtet. Die Arsenalarbeiter, welche seit fünf Monaten keinen Sold empfangen haben, rückten in Masse zuerst vor das Hotel des Großveziers, dann vor den kaiserlichen Palast, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Dieser Vorgang hat die Absetzung des Marineministers Nimit Pascha zur Folge gehabt, an dessen Stelle Hessein Abni Pascha, der Gouverneur von Smyrna, berufen wurde. Die Arbeiter wurden nach Möglichkeit, zumeist mit Anweisungen auf die nächste Anleihe, befriedigt. — Die serbische Regierung verlangt, nachdem es ihr gelungen ist, von der Pforte die Erlaubnis zur Beurlaubung diplomatischer Agenten in Wien und Pest zu erwirken, auch die Autorisation zur Aufstellung von solchen politischen Agenturen für Paris, Berlin und St. Petersburg.

### Deutschland.

△ Berlin, 12. Februar. Dem Staatsministerium ist der stenographische Bericht des Abgeordnetenhauses vom letzten Freitag erst gestern und zwar nach dem Schlusse seiner Beratung zugegangen. Es war also ein Beschluß über die gegen den Geh. Rath Wagener zu ergreifenden Maßnahmen noch nicht möglich, es möchte derselbe aber bis übermorgen wohl gefaßt sein. Inzwischen ist auch der Oberstaatsanwalt v. Lude persönlich im Abgeordnetenhaus gewesen, um den stenographischen Bericht einzufordern. — Dem Abg. Lasker geben übrigens aus allen Theilen der Monarchie, sowie aus vielen deutschen Bundesstaaten Zustimmungsdressen massenhaft zu. Der Antrag des genannten Abgeordneten auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission wird Freitag oder Sonnabend das Abgeordnetenhaus beschließen. Für denselben werden geschlossen die Fractionen der Linken stimmen, die übrigen Fractionen sich dagegen zerplittern. Das Centrum und die Freiconservativen sind getheilt, die rechte noch völlig unentschieden. — Eine Nachricht römischer Blätter spricht von dem Empfang des Herzogs v. Ratibor seitens des Papstes, während hiesige gelehrte Blätter den Empfang des so eben nach Berlin zurückgekehrten Herzogs bei dem Kaiser melden. Es sind davon irrige Folgerungen geträuft worden. Es handelt sich um eine Verwechslung. In Rom weilt augenblicklich und ist vom Papst empfangen worden der Sohn des Herzogs, der Erbprinz Victor v. Ratibor, derselbe, welcher im vorigen Jahre sich durch einen unglücklichen Sturz vom Pferde eine schwere Verletzung zugezogen hatte. Der Herzog ist von seinem Gute hierher zurückgekehrt und jetzt gar nicht in Italien gewesen.

\*×\* Berlin, 12. Febr. Die Nachrichten über die Stellung der Minister zur parlamentarischen Untersuchungs-Commission lauten so widersprechend, daß in Abgeordnetenkreisen angenommen wird, es herrschen bis zur Stunde noch verschiedene Meinungen im Cabinet vor, die sich im gestrigen Ministerath geltend gemacht haben dürften. Vom Fürsten Bismarck wird behauptet, er sei gegen die Einsetzung einer Commission des Abgeordnetenhauses, weil er es für ersprießlicher halte, wenn die Regierung auf Grund der bisherigen Recherchen des Abg. Lasker die Untersuchung der Thatfachen in die Hand nehme. Der Ministerpräsident spricht sich aus den schon bekannten Gründen für den Antrag Laskers aus. Graf Noon hält seine persönliche Eore für engagirt und in Abgeordnetentreiben nimmt man an, daß er eher seine Entlassung nehmen, als einen Akt in dieser Angelegenheit antreten würde. Endlich ist es bezeichnend für die Situation, daß der Han-

delminister zumeist auf die volle Zustimmung des Ministeriums zur Einsetzung einer Untersuchungscommission bringt. Graf Igenpliz geht allerdings nicht von dem objectiven Standpunkte des Ministerpräsidenten aus, sondern hält sich in hohem Grade ungeschuldig und glaubt an der Hand der Thatfachen den Beweis führen zu können, daß er so und nicht anders handeln mußte. Er meint, daß zwei Punkte der Anklage ihn graviren sollten. Erstens sein Rescript an das Handelsgericht und zweitens die Ertheilung der Concession vier Tage vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über d. s. Concessionswesen. Um nur den letzten Punkt zu erwähnen, führt der Handelsminister an, daß die Beschränkungen des alten Gesetzes ungleich schärfer waren und daß es eben das Verdienst des Abg. Lasker war, an ihrer Aufhebung mitgearbeitet zu haben. Wenn somit Graf Igenpliz die Concession nach dem alten Gesetze ertheilt, so habe er die Concessionäre nicht begünstigen, sondern gerade das Gegentheil bewirken wollen. Diese Mittheilungen, welche auf Duellen zurückgeführt werden, die aus dem Ressort des Handelsministers entspringen, dürften jedenfalls den Beweis abgeben, daß Graf Igenpliz nicht in seiner gestrigen Audienz beim König seine Demission eingereicht habe. Die „Prov.-Corr.“ deutet deshalb heute an, daß die Vorwürfe gegen die Eisenbahnverwaltung durch vollständige Darlegung ihrer Schritte entkräftet und dem Lande volle Beruhigung über die fernere feste und klarbewusste Führung des wichtigen Verwaltungszweiges gewährt werden soll. — Die Agrarcommission hat in ihrer gestrigen Sitzung das Gesetz über den hessischen Fortschritt zu Ende beraten. Die Commission für die Fischereiordnung ist bis zum § 19 gelangt. Das Gesetz zählt 47 Paragraphen, und die Fertigstellung desselben wird sich wohl bis zur Vertagung des Abgeordnetenhauses hinausziehen, dann wird es, wie manche andere Vorlage dem absorbirenden Interesse für die Kirchengesetzgebung weichen müssen. — Beim Cultusminister Dr. Falk fand vorgestern ein parlamentarisches Diner statt, dem auch einige Minister beiwohnten. Mitglieder aller Fractionen des Hauses (mit selbstverständlicher Ausnahme der Centrumsleute) in der Zahl von etwa 40 folgten der Einladung. Die politische Conversation drehte sich um die Lasker'sche Rede und um die Kirchengesetze. Aus den Äußerungen amneser Cabinetmitglieder ging hervor, daß der Kaiser ein besonders lebhaftes Interesse an der Klarlegung der Thatfachen darlegte, welche der Abg. Lasker in der denkwürdigen Sitzung vom 7. d. M. enthielt.

\* Die „R. Z.“ wiederholt die Nachricht, daß für den nächsten Reichstag eine Vertheilung eintreten werde. Es ist im Reichsanwalteramt die Frage angeregt worden, ob nicht dem nächsten Reichstage die Gesamtheit der Justiz-Organisationsgesetze vorgelegt werden solle, damit dieselben eben nach ihrem Zusammenhange und in ihrer Gesamtheit der Verberathung einer großen Justiz-Commission zugewiesen würden. Dann würde der Reichstag nach Erledigung seiner anderen Geschäfte vertagt werden, damit die Justiz-Commission ihre Arbeiten fortsetzen und das Ergebnis derselben dem Plenum bei dem Wiederzusammentreten vorlegen könnte.

Herr Lasker erklärte in seiner fast dreistündigen Rede gegen Wagner und Consorten, daß ihm das Hauptmaterial von einem Mitgliede der rechten Seite des Abgeordnetenhauses geliefert worden wäre. Der Name des betreffenden Abgeordneten ist in parlamentarischen Kreisen ein lautes Geheimniß: es ist Herr v. Arnim-Heinrichsdorf. Essen, 10. Februar. Die Ausweisung der Stadt Essen aus dem bisherigen Kreisverbande und Bildung eines besonderen Stadtkreises Essen ist genehmigt und die desfallsige Cabinetsordre am 3. d. vollzogen.

\* Mit Bezug auf die von dem „Preuß. Volksbl.“ berichtete, von der „Nat. Ztg.“ angezeigte Nachricht über ein angebliches Gespräch des Kaisers mit dem Constitorial-Präsidenten Hegel schreibt heute die „Kritik“: „Wir sind nicht im Stande, die Thatfache, welche diesen verschiedenen Erzählungen zum Grunde liegt, so wenig wie den Ursprung der letzteren festzustellen, und sind auch weit entfernt davon, die hohe Person des Kaisers in den entbrannten Kampf hinein zu ziehen. Wir haben dagegen bestimmten Grund anzunehmen, daß Se. Majestät den Kirchenbehörden auch ferner, wie bisher, die selbstständige Entscheidung in den vorliegenden Fragen christlicher Lehre und des kirchlichen Bekenntnisses ihrem Gewissen nach der Pflicht ihres Berufs unverkürzt überlassen werde. Es wird daher der evangelische Oberkirchenrath sich gewiß in der Lage befinden, lediglich nach seiner Ueberzeugung und Erkenntniß der Wahrheit das letzte Urtheil über Dr. Sydow zu sprechen, welches alle gläubigen Evangelischen als eine Entscheidung über die ganze Zukunft der evangelischen Kirche im deutschen Vaterlande mit der höchsten Spannung erwarten.“

Görlitz. Die „Niedersch. Stg.“ schreibt: „Berliner Blättern wird von hier gemeldet, daß die Ernennung des Herrn Laueschauptmanns v. Seydewitz zum Oberpräsidenten von Schlesien gesichert sei. Nach unseren Informationen sollte bekanntlich Herr v. Seydewitz das ihm gleichzeitig offerirte Ober-Präsidium von Sachsen angenommen haben. Bis jetzt ist offiziell nicht bekannt, daß Herr v. Seydewitz diesen Entschluß geändert habe.“

Strasburg, 12. Febr. Die Polizei hat hier einen Zweigverein des Pariser Comités entdeckt, welches sich das Hinüberlocken von Ulfasser Kindern nach Frankreich zum Zwecke ihrer dortigen Erziehung zur Aufgabe macht. Es sind darüber mehrere hiesige sehr bekannte Persönlichkeiten gravirt. — Gestern Abend ist der vormalige Advokat Papporte, der der Abfassung und Verberathung einer hochverräthrischen Schrift beizugeht, verhaftet worden. Paporte ist des ihm zur Last gelegten Verbrechens gefählig. — Auf der Straße Altkirch-Mühlhausen, unweit der Station Ulfurth, fand gestern eine Entgleisung des Personenzuges statt, in Folge deren ein Badmister getödtet, ein Maschinist und mehrere Personen beschädigt wurden. Auch an Material ist der verursachte Schaden nicht unbedeutend. (W. L.)

### England.

London, 12. Febr. Die officielle Correspondenz zwischen dem englischen Cabinet und der russischen Regierung, welche den Zeitraum vom 17. October v. J. bis zum 31. Januar d. J. umfaßt, ist gestern dem Parlamente mitgeteilt worden. In der letzten Depesche des Fürsten Gortschakoff wird besonders hervorgehoben, daß Rußland gegen

die von England vorgeschlagene feste Demarcationslinie keinen Einwand habe und daß nur bezüglich Sere Ali's noch zwischen den beiderseitigen Regierungen eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Ferner wird betont, daß Rußland zu diesem Acte der Courtoisie gegen England sich um so mehr veranlaßt fühle, weil England sich verpflichtet, seinen Einfluß auf Sere Ali auszubieten, um denselben vor Annahme und Beobachtung einer friedlichen Haltung sowohl, wie zur Unterlassung jedes weiteren aggressiven Vorgehens und zum Aufgeben aller weiteren Eroberungen zu bestimmen. Dieser Einfluß Englands auf Sere Ali aber sei unbefreitbar und beruhe auf der materiellen und moralischen Macht Englands. In der Abgabe einer derartigen Zusicherung Seitens Englands erblicke Rußland die reellste Garantie für Erhaltung des Friedens. (W. L.)

Der deutsche Turnverein hatte gestern Abend eine Festlichkeit zu Ehren Dr. Hessel's veranstaltet, bei welcher der Letztere für die ihm zu Theil gewordenen sympathischen Kundgebungen des britischen Volkes herzlich dankte und die wohlwollende Haltung der englischen Presse ehrend hervorhob. (W. L.)

### Frankreich.

Paris, 10. Febr. In der Nationalversammlung soll heute ein Gesetzesvorschlag beraten werden, der so abenteuerlich ist, daß er genauere Erwähnung verdient: Die Debatten der Versammlung sollen nur noch in zwei Formaten veröffentlicht werden: 1) durch den stenographischen Bericht in extenso, 2) als officiell redigirter Auszug. Ferner soll keine Zeitung ihren Lesern Mittheilungen irgend welcher Art über die Arbeiten der Nationalversammlung machen dürfen, ehe sie einen jener beiden officiellen Berichte gebracht hat. (Nach tel. Nachricht ist das Gesetz abgelehnt.) — Zwischen hier und der Schweiz gehen noch immer Noten wegen der Simplonbahn hin und her; besonders giebt Herr v. Kératry sich viele Mühe im Interesse französischer Capitalisten, welche sich bei dem Unternehmen betheiligten haben. Man fängt an, sich einigermaßen über die Ausdauer der französischen Regierung in dieser Angelegenheit zu wundern; der Bundesrath ist in der Sache fest entschlossen und würde, da sie so klar daliegt, jetzt glauben, der Würde seines Landes etwas zu vergeben, wenn er von seinen Entscheidung zurückkäme. Die Capitalisten werden den Schaden tragen müssen, weil sie ihre Gelder der Verwaltung des Herrn Lavalette (der übrigens bereits eine gerichtliche Bestrafung hinter sich hatte) leidenschaftlicher Weise anvertraut haben, erst wenn irgend eine andere Gesellschaft die Linie kauft, hätten sie Aussicht, sich an der Erwerbssumme theilhaben zu lassen. — General Beskin, Ober-Befehlshaber der Armee von Paris, hat einen Tagesbefehl erlassen, worin er die Offiziere, die mit der Inspection der Casernen und Wachposten betraut sind, ermächtigt, ihren Dienst in bürgerlicher Kleidung zu versehen. Der Zweck dieser Maßregel ist, diesen Offizieren die Feststellung des Zuwiderhandelns gegen die Reglemente zu erleichtern. Dieses Abgeben von den militärischen Gebräuchen hat zu vielfachen Protesten von Seiten der Offiziere Anlaß gegeben. — Jules Simon hat wiederum ein Rundschreiben an die Bischöfe gerichtet, worin er dem Episcopate eine Concession macht. In demselben fordert er sie auf, ihm die Priester ihrer Diöcese zu bezeichnen, die sie für fähig halten, für Bischofsstühle vorge schlagen zu werden. Bisher geschah solches nie. — Die Verhaftungen der Communisten dauern fort. Vierzig neue Verhaftungsbefehle wurden erlassen. Sie waren gegen solche Communisten gerichtet, welche aus dem Auslande zurückgekommen waren. Nur ein geringer Theil konnte ausgeführt werden, die meisten waren gearret worden und hatten sich in Sicherheit gebracht.

11. Febr. „Bien Public“ fährt fort, eine äußerst verständliche Sprache zu führen, findet jedoch, daß die gemäßigten republikanischen Blätter die Lage zu schwarz ansehen, und es drückt in langen Phrasen, die Hoffnung aus, daß die Sache geschlichtet werde, ohne daß es zu einem offenen Conflict komme. Bestimmtes über die Zwecke selbst, welche Tiersch verfolgt, erfährt man nicht. Es scheint ihm, daß die Verwerfung des Dufaure'schen Antrags so unerwartet kam, daß er zu keinem festen Entschluß kommen kann. Laut „Avenir National“ soll es jetzt schon sicher sein, daß der Präsident den dritten Paragraphen des Artikels 4 Betreffs der Uebergabe der Regierung zurückziehen wird. Man sagt der weiblichen Camarilla im präsidenschastlichen Palais, die es bekanntlich mit den Monarchisten hält, nach, daß sie Vieles zu der verächtlichen Haltung des Präsidenten beigetragen habe. Vorgie soll seinen Bericht erst nächsten Montag auf den Tisch des Hauses niederlegen wollen und die Berathung am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche stattfinden. Die Rechte hat Beglie getadelt, daß er dem Präsidenten versprochen, ihm seinen Bericht mitzutheilen, ehe er der Commission davon Kenntniß giebt. — Nach Berichten aus Nancy begeben sich Graf Ballier und de Clerg nach Straßburg, um der Verabreichung der nächsten 175 Millionen an Deutschland anzuhängen.

Nach einem Telegramm der „Nat.-Ztg.“ herrscht im Palast der Königin Isabella in Folge der Nachrichten aus Madrid große Aufregung. Der Herzog von Sesto sollte Abends nach Wien abreisen, um den Prinzen Alfonso zu holen. Isabella ließ gestern Morgen in allen Pariser Kirchen Messen lesen. (Alfonso ist am 28. November 1857 geboren und seit der Abdication seiner Mutter vom 25. Juni 1870 Titularkönig von Spanien.)

### Italien.

St. Petersburg, 1. Febr. Zu den höchst interessanten Gästen, die gegenwärtig in unseren Mauern weilen und durch ihre glänzende Nationaltracht sowohl als durch ihre eigenthümliche Lebensweise die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen, gehören die kirgisischen Notabeln, welche hierher gekommen sind, um dem weisen Baren im Namen ihrer Mitbürger die Gefühle ihrer treuen Ergebenheit und zugleich den innigsten Dank für die Einführung der neuen Verwaltungsform ihres Landes, Saissanien's und As-Ramenogorod's, das erst seit vier Jahren russische Provinz geworden, auszusprechen. Diese Deputation, welche am 27. October vorigen Jahres aus Saissan abreiste, und nachdem sie einen Weg von 5000 Werst zurückgelegt, erst am 10. Januar anlangte, besteht aus sechszehn Personen, von denen vier den Titel „Sultan“ führen. Einige jüngere Mitglieder dieser kirgisischen Rahomedaner sprechen ganz gut russisch. Es begleiten diese kirgisischen Deputation der unmittelbare Landeschef oder Pristaw

von Saissanien, Major Tichanoff, und der Landesdolmetscher.

### Norwegen.

Christiania. Die Thronrede, womit König Oscar das Störthing eröffnete, hat in der norwegischen Presse einen guten Eindruck gemacht. — Aus einem, dem Störthing vorgelegten Bericht über den Zustand und die Leitung des Reiches seit der letzten Versammlung, ist zu ersehen, daß die Volksmenge Norwegens jetzt auf ca. 1,767,000 Einwohner geschätzt wird, und daß der Zuwachs, trotz der noch bedeutenden Auswanderung, in den zwei letztverflossenen Jahren größer gewesen ist, als in dem nächstvorhergehenden Zeitraum.

### Türkei.

Wie aus Serajewo vom 11. d. gemeldet wird, hat Asim Pascha eine Verständigung mit Montenegro zu Stande gebracht und werden die beiderseitigen Beziehungen nunmehr wieder in das normale Geleise zurückkehren. (W. L.)

### Amerika.

Washington, 11. Febr. Der Senat hat mit 30 gegen 19 Stimmen die Einsetzung einer besonderen Commission genehmigt, welche mit der Vertheilung der durch den Gesetzer Schiedspruch den Vereinigten Staaten zugesprochenen Entschädigungssumme beauftragt sein soll. (W. L.)

Newyork, 11. Febr. Die Nachricht von der bevorstehenden Abhandlung des Königs Amadeus von Spanien macht hier die Hoffnung rege, daß eine Loslösung Cuba's von der spanischen Herrschaft zu erzielen sein werde. — Einer Bekanntmachung der Direction der Erie-Eisenbahn zufolge beträgt die Dividende auf die Prioritäts-Obligationen 3/4, auf die Obligationen ohne Vorzugsrechte 1/4 Prozent. Die Auszahlung der Dividende erfolgt am 15. März d. J. (W. L.)

Nach aus Panama eingelangten Nachrichten wurde Aspinwall von einem furchtbaren Orkan heimgesucht, welcher an den Schiffen, in den Lagerhäusern und an aufgestapelten Borräthen große Verwüstungen angerichtet hat.

Aus Lima wird vom 27. v. M. hierher gemeldet, daß der Senat von Peru der proponirten Unification und Convertirung der Staatsschuld von Peru seine Zustimmung ertheilt hat.

### Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 4 Uhr Nachmittags. Madrid, 13. Febr. Die Nationalversammlung wählte Martos mit 222 Stimmen zum Präsidenten. Das Königspaar ist gestern früh um sechs Uhr abgereist, allenthalben von der Bevölkerung respectvoll begrüßt. Die Krone ist angefüllt. Die Civil- und Militärbehörden in den Provinzen haben die Regierung anerkannt.

### Danzig, den 13. Februar.

\* Für das hiesige Stadt-Museum sind die „Nordische Jagdbeute“ von Nordenberg in Düsseldorf, „Es stürmt“ von Prof. R. Jordan in Düsseldorf und „Thalesstille am Abend“ (Motiv aus dem Lahnthal) vom hiesigen Landschaftsmaler Herrn Rodde angekauft.

\* Der Verwaltungsrath der Danziger Privat-Actienbank hat gestern über die Vertheilung des Gewinnes des vergangenen Jahres Beschluß gefaßt. Dem Reservefonds fließen statutenmäßig ca. 15,000 R. zu und soll noch ein Special-Reservefonds von 8000 R. gebildet werden, um event. aus dem Brunau'schen Defect zu erwartende Schäden zu decken. Außerdem ist die Vertheilung einer Dividende von 7 Procent für das Verwaltungsjahr 1872 festgesetzt.

D.R.C. Nachdem dem Landtage das Gesetz wegen des Servis-Zuschusses für die Civilbeamten vorgelegt worden, ist neuerdings auch im Reichstage ein derartiges Gesetz ausgearbeitet und vorläufig dem Preussischen Staatsministerium zur Begutachtung vorgelegt worden. Dasselbe hat den Zweck, vom 1. Januar d. J. zurückwirkend den Officieren des Reichelandes und der Marine, wie auch den Militär- und Civilbeamten des deutschen Reiches einen Zuschuß zu den Miethebeträgen in gleicher Weise und nach denselben Grundsätzen wie das Preussische Gesetz zu gewähren. Dieser § 4 Paragraphen umfassende Gesetzentwurf wird jetzt im preussischen Kriegsministerium einer Beratung resp. Begutachtung von Fachmännern unterworfen. Der Gesamtbetrag, welchen die für die in Rede stehenden Beamten in Aussicht genommene Entschädigung erreichen dürfte, wird auf ca. 2,500,000 R. jährlich veranschlagt, darunter für die Officiere, Militärärzte und im Truppenverbande stehenden Militärbeamten des Reichelandes ca. 1,600,000 R. und der Rest für die Reichsbeamten etc.

\* Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten hat unterm 9. December v. J. die medizinischen Facultäten der Landes-Universitäten ermächtigt, benjennigen Studirenden der Medizin, welche in Folge ihrer Beschäftigung während des letzten Krieges (von 1870 bis 1871) als Krankenwärter oder Heilgehilfen in Studiensemestern verloren haben, dieses Kriegsemeritum dem Quadrannium zuzurechnen.

[Theater.] Nächsten Montag findet das Benefiz des sehr orientierten und beliebten Italieses unter Bahne, Fr. Müller statt. Ausser der Auber'schen Oper: „Maurer und Schlosser“, in welcher Frau Lang die Partie der Henriette übernommen hat, kommt ein neues Lustspiel von Dr. Bedrow: „Ein Blumenstrauch“ zur Aufführung.

\* Dr. Carl Kräpelin, der treffliche Dolmetscher des Reuter'schen Humors, welcher gegenwärtig in Königsberg weilt, gedent Ende dieses oder Anfang des nächsten Monats hier eine Reihe von Vorlesungen zu veranstalten.

\* Der Stadtmachmeister Krause hat aus Veranlassung der Lebensrettung eines Soldaten von der R. Regierung eine Anerkennung in 5 R. erhalten.

\* (Traject über die Weichsel.) [Nach der auf dem Bahnhof der Kgl. Ndbahn ausgehängten Tafel.] Tereopol-Culm: per Bahn bei Tag und Nacht. Warlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisbede bei Tag und Nacht; Czermink-Marienwerder: zu Fuß und mit leichtem Fuhrwerk über die Eisbede bei Tag und Nacht.

4. Aus Westpreußen, 12. Febr. Auf den bekannten Protest einer Anzahl polnischer Mitglieder der Westpreussischen Landschaft, betr. die Bewilligung von 10,000 R. für die Marienburger Feiler und von 2000 R. für die zu errichtende Gewerbeschule zu Bromberg, ist nunmehr seitens der Minister des Inneren zu Händen des Hrn. v. Sclack die Antwort erfolgt. Nach der „Ga. Tor.“ lautet dieselbe dahin: „Der Oberpräsident d. r. Provinz Preußen, l. Commissarius für die Westpreussische Landschaft, sei in Erwägung der §§ 116, l. 121 ad II. des Regulativs vom 25. Juni 1871 zu der Ueberzeugung gelangt, daß gegen den Beschluß



